

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 8 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 23

Sonntag, den 8. Juni

1919

Ein ernstes Wort.

III.

Manche Mitglieder betonen mit großer Selbstverständlichkeit, daß die günstige Geschäftszeit in unserem Gewerbe besser hätte ausgenutzt werden müssen. Es ist immer so, daß man klüger ist, wenn man vom Rathaus kommt. Aber wenn der Verbandsleitung Nachlässigkeit vorgeworfen wird, so muß doch wohl auch gefragt werden, weshalb denn die Klügeren und Eifrigeren zur rechten Zeit sich so still und zurückgezogen verhielten. Wohl war ein Teil der Kollegen im Heeresdienst und konnte sich um die Vorgänge nicht recht kümmern, doch sicher nicht alle, die heute so laut reden, daß nicht genug getan worden ist von denbeauftragten im Verbands. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen und fragen wieder: Wo waren die Stürmer und Dränger von heute während des Krieges, in der Zeit, als die Feststellung und Durchführung von Lohnforderungen unter anderen Voraussetzungen als gegenwärtig geschah? Der Verbandsleitung und den Gauleitern war damals viel an gutem Rat und tatkräftiger Hilfe gelegen. Sind doch selbst jetzt noch nicht überall jene Zulagen durchgeführt, die schon vor einigen Jahren gefordert und von den Fabrikantenorganisationen bewilligt worden sind. Wenn es jetzt besser geworden ist auch in den rückständigen Gegenden, so liegt das wirklich nicht immer an der Tatkraft der von den Lohnerhöhungen Betroffenen.

Ueberhaupt: Wann haben wir denn während des Krieges und nach demselben eine günstige Konjunktur gehabt? Als der Krieg begann, sah es zunächst einige Monate traurig genug im Tabakgewerbe aus. Mit Beginn des Jahres 1915 ging es besser; es dauerte bis in das Jahr 1916. In dieser Zeit konnte flott drauf los gearbeitet werden. Aber damals war noch keine so unerhörte Preissteigerung der Lebensmittel eingetreten, so daß nicht daran zu denken war, Lohnerhöhungen zu beantragen, die sich mit den jetzt zu fordernden vergleichen lassen. Damals wurden auch Forderungen gestellt und zum Teil bewilligt; wenn sich damals keine Stimmen erhoben und es so außerordentlich schwer fiel, das Bewilligte überall durchzusetzen, so mag das seine Erklärung darin finden, daß gearbeitet werden konnte, was das Zeug hielt, so daß die Tabakarbeiterhaft auf diese Art einen Ausgleich suchte und zum Teil fand, und auf Lohnbewegungen weniger Wert legte. Andererseits hätten auch Forderungen in außergewöhnlicher Höhe in jener Zeit allgemein schwer durchgesetzt werden können, weil der Zulauf berufsfremder Arbeitskräfte ungeheuer war. An die Hunderttausend neue Arbeiter, vor allem Arbeiterinnen, mögen wohl um jene Zeit in die Tabakindustrie eingedrungen sein; Hunderttausende konnten die Fabrikanten noch weiter haben, denn die Arbeitslosigkeit in anderen Berufen war in den ersten Kriegsjahren sehr groß. Abgesehen davon, daß ungezählte Arbeitskräfte jederzeit bereit waren, einzuspringen, waren die neu aufgenommenen meistens nicht organisiert und für einen Lohnkampf nicht geschult; selbst jene in unserer Industrie bereits länger tätigen Kräfte waren es, bis auf wenige, ja nicht einmal. Schließlich kommt aber auch noch in Betracht, daß unser Verband zu jener Zeit infolge des westfälischen Streiks und der furchtbaren Lage der Industrie während der ersten Kriegsmomente finanziell total heruntergekommen war. Man möge sich doch einmal der Verhältnisse erinnern. Also zu jener Zeit der territorialmäßig günstigsten Konjunktur während des Krieges konnte an Lohnforderungen, die unsere Tabakarbeiter wirtschaftlich mit den am besten gestellten Arbeitern gleichstellte, nicht gedacht werden. Dann kam die Kontingentierung. Kann man von einer guten Konjunktur sprechen, wenn die Erzeugung schrittweise um 20, 40, 60, 80 v. H. eingeschränkt wird? Gewiß hätten wir eine dauernd flote Geschäftsperiode haben können, wenn uns genügend Rohstoffe zur Verfügung gestanden hätten. Eine sogenannte Kriegsindustrie ist die Tabakindustrie eigentlich nicht gewesen; denn während in den für die Heeresrüstung arbeitenden Betrieben nicht genug geschafft werden konnte, sind bei uns, abgesehen von einer kurzen Zeit, immer Arbeitskräfte überflüssig gewesen. Trotzdem sind immer erneut Lohnbewegungen geführt worden, aber eine allgemeine Unzufriedenheit wegen zu niedriger Forderungen ist damals nicht zu bemerken gewesen. Dazu mag das eben Gesagte wohl beigetragen haben, indem man sich klar darüber war, daß der Knüttel beim Hund lag. Wäre es anders gewesen, wir hätten keinen Grund für das damalige Schwärzen der Mitglieder. Deshalb soll man auch jetzt, da sich die Verhältnisse geändert und die Kollegen sich müher geworden ist, nicht Vorwürfe erheben gegen jene, die damals ohne Widerspruch den gegebenen Voraussetzungen gemäß gehandelt haben.

Ist es nicht etwas reichlich merkwürdig, daß das, was wir bis jetzt erreicht haben, als rein gar nichts hingestellt

wird, wenn man bedenkt, daß vor dem Kriege auch bei gutem Geschäftsgang die Tabakarbeiter, obwohl doch ihre Lage absolut und im Verhältnis zu anderen Arbeitern schon schlecht war, kaum mehr wie zehn Prozent Lohnzuschlag, und dann in jahrelangen Zwischenräumen, zu fordern die Courage hatten? Man wolle uns nicht mißverstehen. Wir wollen durchaus nicht damit sagen, daß die jetzt erfolgte allgemeine Lohnerhöhung etwa zu hoch sei. Die Verhältnisse sind ganz anders geworden. Aber 80 Prozent Zulage ist doch immerhin schon etwas anderes, als wenn es früher in langen Abständen einen Fünftel oder 25 % auf das Tausend mehr gab. Freilich sind die Grundlöhne noch recht niedrig, aber auch darin ist Dreifache geschossen worden, wie wir bereits genügend hervorgehoben haben. Achtzig Prozent weitere Zulage sind bei einem Grundlohn von 7,50 M immerhin 6 M mehr für das Tausend. Das Bedauerliche ist, daß wegen des Rohstoffmangels die Arbeitszeit so beschränkt werden muß, zum Teil die Tabakarbeiter überhaupt arbeitslos sind. Aber das hat doch die Verbandsleitung nicht zu verantworten; hat sie doch durchgesetzt, daß wenigstens eine Entschädigung von 50 Prozent bei der Beschränkung auf sechs Stunden täglich gezahlt wird. Bei den Sortierern ist, nachdem sie die gleiche Zulage wie die Zigarrenarbeiter erhalten und der Mindestlohn auf 75 % für das Tausend erhöht worden ist, die Steigerung noch günstiger.

Eine absolute Gerechtigkeit in allen Einzelheiten ist mit dem besten Willen nicht möglich bei der Mindestlohnfestsetzung. Hat ein Zigarrenarbeiter (einschließlich Wickelmacher) bisher für eine Arbeit 6 M für das Tausend erhalten und bekommt nun 7,50 M, so wird sich vielleicht sein Nachbar, der eine Arbeit zu 7,50 M machte, beschwert fühlen, daß er nur den neuen Teuerungszuschlag und nicht auch eine Erhöhung seines Grundlohnes erhält, muß er doch vielleicht ein schwereres Fasson machen oder er hat einen schlechter zu verarbeitenden Tabak. Ähnlich ist es bei den Sortierern. Der eine erhält vielleicht durch die Erhöhung des Grundlohnes 25 oder 30 % mehr für das Tausend, der andere nur 5 %. Mag auch in solchen Fällen das Angehaltensein begreiflich erscheinen, bei den so überaus mannigfaltigen Löhnen, die für das Tausend gezahlt werden, läßt sich derartiges nicht so schnell ändern; es wird auch noch solche unangenehme Grenzfälle geben, wenn der Mindestgrundlohn auf weit mehr als 7,50 M bzw. 75 % bemessen wird. Die Tabakarbeiterhaft wolle aber auch an diesen Erscheinungen erkennen, wie schwer es bei unseren Entlohnungsverhältnissen ist, eine absolut gerechte Grundlage zu finden für ganz Deutschland. Hier sind tatsächlich umfassende Vorbereitungen nötig, um nur einigermaßen den Ausgleich zu finden.

Wie denken sich nun die Kollegen den Zustand, der eingetreten sein würde, wenn in Deynhäusen die Verhandlungen einfach abgebrochen worden wären, nachdem unsere Wünsche auf Umwandlung der Teuerungszulagen in feste Lohnzulagen abgelehnt wurden mit der Motivierung, daß man sich darauf erst nach gewissen Vorbereitungen einlassen könne. Tatsächlich hat man der Verbandsleitung ja einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie nicht so verfahren ist. Es ist leicht, ein solches Verlangen auszusprechen, aber wer eine Verantwortung für das Ganze hat, muß es sich doch recht ernst überlegen. Hier und da hätten die Tabakarbeiter wohl für den Augenblick mehr herausgehauen können, sintermaßen es den Wucherern und Schebern auf einige Mark mehr nicht ankommt, aber für die gesamte Tabakarbeiterhaft hätte es doch sehr bedenklich werden können. Wir wollen der Taktik der völligen Unterwerfung sicher nicht das Wort reden, aber wenn es zum allgemeinen Widerstand kommen soll, muß zunächst der Weg dazu geebnet, müssen die Vorbereitungen getroffen und die Verhältnisse nach allen Richtungen hin geprüft und geklärt sein. Nichts ist uns jetzt gefährlicher als eine Niederlage.

Reichsminimallohn! Abschaffung der Alfordarbeit! Sehr schön, aber man muß auch sagen, wie dieses selbst in der jetzigen Zeit, von der angenommen wird, daß sie uns so günstig ist, im Handumdrehen durchgesetzt werden kann. Wir müßten an der gewerkschaftlichen Schulung unserer Mitglieder verzweifeln, wenn wir folgende, in einer unserer Zahlstellen entwickelte Logik als allgemein beistehend voraussetzen wollten: „Fernerhin würde bei Durchsetzung einer solchen Lohnregelung der Zustrom zur Organisation ein gewaltiger werden. Sehen die Kollegen, hauptsächlich im Südlichen Deutschlands, daß wirtschaftlich einmal etwas Durchschlagendes erreicht worden ist, so würden auch sie aus Sparsamkeitsrücksichten nicht mehr beiseite stehen. Bei den jetzigen Verhältnissen ist es uns kein Wunder, daß sie bei den Hungerlöhnen den Weitaus zur Organisation noch sparen und jeden Notpfennig zum Lebensunterhalt gebrauchen.“ Wissen die Mitglieder, die so denken und diese Gedanken noch veröffentlichen, was sie damit anrichten?

Sie werfen die ganze Gewerkschaftsbewegung über den Haufen. Sie erkennen an, daß noch sehr viele Tabakarbeiter der Organisation fernstehen, denn sonst könnten sie ja nicht von dem gewaltigen Zustrom reden, der da kommen würde. Aber erst muß der Verband, obwohl gewaltige Massen außerhalb stehen und nicht mitmachen, „etwas Durchschlagendes“ erreichen, ehe diese im gewaltigen Zustrom anmarschieren können. Woher leiten die Kollegen mit dieser Logik denn die Pflicht her für die jetzigen Mitglieder, im Verband zu sein? Für diese ist ja Durchschlagendes, das sie in den Verband hineinziehen könnte, demnach noch nicht erreicht worden. Wie konnten denn überhaupt Gewerkschaften entstehen, wenn das Prinzip aufgestellt wird, daß erst Durchschlagendes (von wem?) erreicht werden mußte, und dann die Mitglieder sich gütigst einzufinden hatten! Nein, Derartiges auszusprechen bedeutet weiter nichts, als den Unorganisierten den Freibrief auszustellen, und dem möchten wir doch hiermit in aller sachlichen Schärfe widersprechen haben. Nur der hat ein Recht, von der Organisation etwas zu fordern, der in und mit ihr kämpft.

Vorwärts wollen wir. Wir wollen uns aber nicht vor uns selber graulich machen und wollen als Erfolg gelten lassen, was ein Erfolg ist. Wenn man aber glaubt, öffentlich kritisieren zu müssen, so muß die Kritik jeder ernstigen Anforderung auch standhalten können. Oberflächlich, in sich selbst zusammenfallende Redensarten nützen in keiner Weise. Schritt um Schritt müssen wir weiter. Wer will, daß es uns gelingt, vorwärts zu kommen, der richte auf das Ganze seinen Blick und schaue nicht nur argwöhnisch nach „oben“! Ein Hundstott, wo er auch stehen mag, der als organisierter Tabakarbeiter nicht das Beste für die Tabakarbeiter erreichen will!

Was ist der Arbeitsgemeinschaft?

Beachten wir die Stimmen und Beschlüsse unserer Fabrikanten zur Frage einer Arbeitsgemeinschaft im Tabakgewerbe, wie sie nach den Darlegungen in Deynhäusen von Interessentengruppen für das Tabakgewerbe geplant war, so müssen wir gestehen, daß bis jetzt noch wenig Verständnis in diesen Kreisen dafür zu finden ist. Los von der Zwangswirtschaft, her mit dem freien Handel! Das ist das Leitmotiv der Gegner der Arbeitsgemeinschaft. Die Herren glauben, daß das freie Spiel der Kräfte, wie es vor dem Kriege unter ganz anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen bestand, auch jetzt, unter den einengenden Bedingungen der Kriegsfolgen das Gegebene zur Wiederaufrichtung des allgemeinen Wirtschaftslebens und der Tabakindustrie im Besonderen ist. Dabei wird sehr oft auf die kleinen und mittleren Fabrikanten Bezug genommen und behauptet, diese würden unter der Zwangswirtschaft zugrunde gerichtet. Nicht selten wird der Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft insofern in niedriger Weise geführt, als den Vertretern dieses Gedankens persönlich nahegetreten und ihnen größter Eigennutz zum Vorwurf gemacht wird.

Die Vereinigten Tabak-Zeitungen fassen in ihrer letzten Nummer ihre Forderungen folgendermaßen zusammen: 1. Abhebung des Punktes 1 (Errichtung der Außenhandelsstelle) von der Tagesordnung der in Aussicht genommenen Bremer Tagung des Verwaltungsausschusses. 2. Die Schaffung eines wirklichen Selbstverwaltungskörpers. 3. Die Fernhaltung aller Personen und Organisationen, die als Ueberbleibsel der Kriegswirtschaft anzusehen sind, aus allen leitenden Stellen im künftigen Aufbau der Tabakbranche. 4. Die unbedingte Souveränität des neuen Verwaltungskörpers. Seine Beschlüsse sind maßgebend. 5. Rechnungslegung über die Gewinne, die von den Kriegsorganisationen der Tabakbranche erzielt wurden. 6. Aufklärung über die Gerüchte, die besagen, daß Leute in leitenden Stellen bei der Detag Jahreseinnahmen von 300 000—700 000 M eingestrichen haben. Befordert wird ferner, daß der Reichskommissar für den Ein- und Ausfuhrhandel der Tabakbranche von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zu wählen ist. Das Blatt schließt seinen Artikel mit: „Fort mit der Sozialisierung der Tabakbranche! Fort mit der Vergesellschaftung! Fort mit der Uebergangswirtschaft! Fort mit jedem Zwang! Fort mit der Mindener Zentrale! Fort mit der Detag! Fort mit der Zitag! Werft dieses Ungeheuer in die Wolfsgrube!“

Wenn wir uns als Tabakarbeiter dazu einige Worte erlauben dürfen, so wollen wir doch feststellen, daß die Arbeitsgemeinschaft, wie sie nach den in Deynhäusen vorgelegten Plänen besteht, noch lange keine Sozialisierung oder Vergesellschaftung in unserem Sinne bedeutet. Was geplant ist, ist nur das Allernotwendigste, was uns zu tun geboten ist, um in der schwierigsten Zeit den Wiederaufbau des Gewerbes unter den bestmöglichen Voraussetzungen vollziehen zu können. Wir können einfach nicht begreifen,

Wie man nach dem vollständigen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und angesichts der Zustände im Tabakgewerbe ohne jeden Zwang das heißt ohne Organisation des Wirtschaftslebens, ankommen will. Mag das eine oder andere in den Grundzügen des Planes der Arbeitsgemeinschaft durch bessere Vorschläge ersetzt werden können, so bedeutet eine planlose Volkswirtschaft (und damit eine planlose Wirtschaft im Tabakgewerbe) ein Kampf auf Leben und Tod nicht nur der einzelnen Gruppen, sondern auch der einzelnen Personen gegeneinander. Wir Tabakarbeiter, die wir unsere Erfahrungen mit dem freien Spiel der Kräfte gemacht haben, möchten eine Verstärkung unserer Kräfte jetzt am allerwenigsten erleben und werden alles aufbieten, daß der Weg der Planmäßigkeit gegangen wird. Es ist nicht unsere Sache, die Interessen der kleineren und mittleren Fabrikanten zu wahren, aber daß gerade sie bei dem freien Spiel der Kräfte, bei der Zwanglosigkeit, wie es selbstverständlich in ihrem Namen gefordert wird, unter die Räder kommen werden, scheint uns ziemlich sicher zu sein. Solange die zur Verfügung stehende Rohabakmenge ungenügend ist, werden sie, wenn die Verteilung nicht kraft geregelt ist, hintenanzu zu stehen kommen.

In dem Organ des Deutschen Tabakvereins schreibt jemand u. a. folgendes:

„Soweit sich heute die Stimmung im Tabakgewerbe ablesen läßt, stehen wohl alle Beteiligten außer Kriegsgesellschaften und freien Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß das Sozialgesetz unter keinen Umständen für das Tabakgewerbe Anwendung finden darf. Die Gründe hierfür sind schon wiederholt aneinandergelegt. Die große Desorganisation im Tabakgewerbe einerseits und andererseits die feste Überzeugung, daß nur die Möglichkeit uneingeschränkter und freier Wirtschaftskraft die Grundlagen für den Wiederaufbau unserer vollständig zerrütteten Wirtschaft schaffen kann.“

Es sehen sich die Anhängen tausender selbständiger Gewerbetreibender im Tabakgewerbe und die Anhängen der Kriegsgesellschaften mit ihren leitenden Persönlichkeiten im trüben Widerspruch gegenüber. Die nach der Deynhäuser Tagung gefaßten Beschlüsse der Einzelverbände lassen dieses deutlich erkennen, noch deutlicher die Mitteilung eines Leiters einer Kriegsgesellschaft, daß die beiden Detags und die Zentrale sich einstimmt für die von Herrn Hindenberg propagierte Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen haben. Es ist deshalb ein unbedingtes Erfordernis, daß alle Gewerbetreibenden im Tabakgewerbe von ihrer Stellungnahme der Regierung aufs nachdrücklichste Kenntnis geben und dabei ausdrücken, daß die führenden Persönlichkeiten in den Kriegsgesellschaften durch diesen Beschluß das Vertrauen des größten Teils der Gewerbetreibenden verlieren müssen, weil sie einerseits ohne Rücksichtnahme mit ihren Kollegen Beschlüsse gefaßt haben, die von noch nie dagewesener Bedeutung sind und weil sie dadurch auf der anderen Seite der Regierung ein vollständig falsches Bild über die Stimmung der Gewerbetreibenden gegeben haben. Die Kriegsgesellschaften haben vergessen, daß nicht Kriegsnöwendigkeiten ihre Entschlüsse beeinflussen dürften, sondern Forderungen, welche die Ubergangswirtschaft stellt.“

Alles konzentriert sich an die sogenannte Geheimtueri der Zentrale und der Detag. Uns erscheint das kleinlich. Sind die tatsächlichen Gegenstände wichtig genug, so werden sie ihre Wirkung tun, ohne daß man auf die Geheimtueri Verwertung. Uebertreten sollten diese Herren wissen, daß gewisse Beratungen nötig sind, wenn man Fragen von so wichtiger Bedeutung zur öffentlichen Beschlussfassung bringen will. Daß nicht alle an der Zeichnung des Grundrisses teilnehmen können, ist doch selbstverständlich. Und daß die Allgemeinheit in der Verteilung und Beschlussfassung nicht zu kurz kommt, zeigt doch wahrhaftig der Gang der Dinge.

Überhaupt, wir Tabakarbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß das Sozialgesetz, soweit möglich und denkbar, auch auf die Tabakindustrie anzuwenden ist. Inwieweit die gesamte Arbeitsgemeinschaft nach unserer Meinung dem entspricht, haben wir schon oben kurz gesagt. Da sind wir einmal nicht der Meinung, daß wegen der großen Desorganisation im Tabakgewerbe keinerlei planmäßige Einrichtungen zum Wiederaufbau und schließlich zu einer höheren Gestaltung der Produktionsweise führen können und nur die wilde Konkurrenz zu retten hat. Und wenn die Zentrale und die Detag sich für die Ubergangszeit, dann weiter geht es bei ihnen nicht, für eine planmäßige Wirtschaft im Rahmen der vorgeschlagenen Arbeitsgemeinschaft erklären, so werden sie über auf Grund ihrer Erfahrungen während des Krieges und in der Sorge um die nächste Zukunft des Tabakgewerbes in seiner Gesamtheit dazu geneigt sein. Sie haben vielmehr, was die völlige Desorganisation an der Ubergangszeit angeht, das Vertrauen verloren, was sie in Dresden nach dem Votum für das Tabakgewerbe auf dem Weg der Arbeitsgemeinschaft gekommen sind, bestanden hat. Wir erwarten von der Regierung, daß sie auch die unsere Stellung zu der Frage nachdrücklich zur Kenntnis bringen werden, sich dem Mißtrauen der Fabrikanten nicht angeschlossen und die Fragen der planmäßigen Wirtschaft im Tabakgewerbe von höheren Gesichtspunkten aus zu betrachten. Schließlich darf die Stimmung der Fabrikanten nicht allein maßgebend sein.

Und die Süddeutsche Tabakzeitung nimmt eine immer schärfer werdende Stellung vor allem gegen die „liberale“ Stellung der Zentrale, Arbeitsgemeinschaft und Außenhandelsstelle, ein. Sie leidet sich nach Zigaretten-Wasser legen den Kopf.

Unter diesen Umständen muß der in weiten Kreisen verbreitete Eindruck allen ausgesprochen werden, daß einzelne Fabrikanten, welche nur einige Personen, befreit sind, ihre Klagen unter Dach und Fach zu bringen, bevor es zu spät wird. Wir wollen vorläufig

die Frage nicht aufschneiden, ob hier nicht Motive von sehr persönlicher Art mitspielen oder gar den Ausschlag geben. Aber man wird die Vermutung nicht los, daß Kräfte am Werke sind, das Eisen zu schmieden, solange es noch nicht ganz kalt geworden ist, und uns über die Außenhandelsstelle sofort mit der Sozialisierung e tutti quanti zu überraschen.

Und in einer dem Blatte eingesandten Zuschrift heißt es:

„Wenn Herr Hindenberg sich für die Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers für das Tabakgewerbe einsetzt, so übertrifft er damit noch die Absichten der Herren Wissel und v. Moellendorff, und er tut das wahrscheinlich in der bewußten Absicht, eine Organisation zu schaffen, die tatsächlich wie aus einem Guß daselbst erreicht werden würde. Zweifellos hatten allen bestehenden Organisationen mehr oder weniger Mängel an, trotzdem bin ich überzeugt, daß die Unternehmerschaft es lieber sieht, wenn ihre alten Organisationen sich aus sich selbst heraus fortentwickeln, als daß ihnen eine neue, gebadene Organisation, die nach den wissenschaftlichsten Grundsätzen und nach der praktischsten Theorie aufgebaut ist, aufgesetzt wird. Mit dem politischen Revolution haben wir uns alle abgefunden. Wir wollen uns aber bevor hüten, daß aus der politischen Revolution eine soziale Revolution wird. Der Unternehmer muß sich sagen: „principis obsta.“ Wenn auch die Herren Gewerkschaftsführer diesen Gedanken heute noch nicht so recht verstehen werden und sich durch das Entgegenkommen der Herren Reaktionäre von gestern bestechen lassen, so mögen sie dabei wohl überlegen, was dabei das Ende vom Liede sein wird. Wenn Herr Schlüter in Deynhäuser ausgeführt hat: „Die Industrie muß sich demokratisieren, sie muß zeigen, daß sie selbst Herr der Lage ist, kann sie das nicht, so wird es das Unglück der Industrie bedeuten,“ so kann ich das vollkommen unterschreiben. Ich bin aber überzeugt, daß der neue Geist auch in unseren alten Organisationen bereits so fest Wurzel geschlagen hat, daß der Wille zur Demokratisierung allenthalben vorhanden ist.“

Uns interessiert weder die persönliche Stellung oder Stellungnahme des Herrn Hindenberg, noch die Stellung der Herren von der Detag, wir möchten betonen, daß wir längst vor dem Kriege die Folgen der planlosen Verhältnisse im Tabakgewerbe empfunden und nach Planmäßigkeit gerufen haben, so daß wir uns von dem Entgegenkommen „der Herren Reaktionäre von gestern“ nicht bestechen zu lassen brauchen.

Der neue Geist, von dem der Einsender spricht, bedarf des Körpers, mit dem zusammen nutzbringend sich leben läßt; daß er in den alten Organisationen im freien Spiel der Wirtschaftskräfte zu finden ist, möchten wir bestreiten. Nur keine Angst, die geplante Arbeitsgemeinschaft hat mit dem gefürchteten Sozialismus wenig oder gar nichts zu tun, sie ist noch nicht einmal die Mittellinie zwischen freier und gebundener Wirtschaft, sondern ein aus eigener Notwendigkeit heraus geborenes Mindestprogramm.

Die Errichtung einer Außenhandelsstelle für das Tabakgewerbe.

Wir veröffentlichen hiermit den Plan der Errichtung einer Außenhandelsstelle für das Tabakgewerbe, wie er von der Zentrale herausgegeben worden ist:

„Das Reichswirtschaftsministerium hat die Zentrale als die mit der geschäftlichen Behandlung der Angelegenheiten für die Neuorganisation des Tabakgewerbes betraute Stelle beauftragt, die für die Errichtung einer Außenhandelsstelle für das Wirtschaftsgebiet des Tabaks notwendigen Maßnahmen vorzubereiten, damit in der Sitzung des Beratungsausschusses zu der Frage Stellung genommen werden kann. Die Errichtung dieser Stelle soll beschleunigt werden, da die Bearbeitung der Einfuhrangelegenheiten durch sie dringlich ist. Gleiche Stellen werden für alle anderen Erwerbszweige errichtet.“

Auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Zentrale über die Außenhandelsstelle in der Deynhäuser Versammlung wird Bezug genommen. Das Reichswirtschaftsministerium schlägt die Außenhandelsstelle für das gesamte Gebiet der Tabakwirtschaft vor, so daß alle Tabakgewerbezweige einschließlich der Zigarettenherstellung von ihr erfaßt werden. Sie soll bestehen aus einem Reichsbevollmächtigten und dem Außenhandelsauschuß. Der Außenhandelsauschuß soll gebildet werden aus Vertretern der Erzeuger, des organisierten Handels und der Verbraucher unter partieller Beteiligung der organisierten Arbeitnehmer. Er wählt aus seinen Mitgliedern den Vorsitzenden des Ausschusses. Die Zahl der Mitglieder soll nach Möglichkeit 16 nicht übersteigen. Die Mitglieder bestellt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung. Den Berufsverbänden oder Berufsvertretungen steht das Vorschlagsrecht zu. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter ernannt. Vorläufige Aufgaben des Handelsauschusses wären:

- a) Beratung und Unterstützung des Reichsbevollmächtigten und seiner Stellvertreter bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen.
- b) Beschlussfassung über grundsätzliche Fragen der Ein- und Ausfuhr innerhalb des Arbeitsgebietes der Außenhandelsstelle, soweit der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung die Beschlussfassung hierüber dem Außenhandelsauschuß überträgt. Zum Gegenstand der Beschlussfassung durch den Außenhandelsauschuß gehört die Unterverteilung der Aus- und Einfuhrkontingente auf die beteiligten Interessenten und die Festlegung von Ausführmindestpreisen.
- c) Entgegennahme und Prüfung von Wünschen und Beschwerden der Interessenten über die Geschäftsführung des Bevollmächtigten und seiner Stellvertreter, um sie gegebenenfalls mit Stellungnahme dem Reichs-

kommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung vorzulegen.

a) Erstattung von Gutachten über grundsätzliche Fragen der Aus- und Einfuhr an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, z. B. Vorschläge über Art und Umfang der zur Aus- und Einfuhr zugelassenen Waren.

Der Außenhandelsstelle sollen Nebenstellen untergeordnet sein, und zwar eine für die Zigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabakindustrie und eine für die Zigarettenindustrie. Jede soll bestehen aus einem Stellvertreter des Reichsbevollmächtigten und aus einem Außenhandelsnebenauschuß. Die Zusammenfassung soll entsprechend der des Hauptauschusses geschehen.

Ueber die Angelegenheit hat zunächst in Bremen eine Vorbesprechung mit den Kreisen stattgefunden, die bisher die Außenhandelsfragen bearbeitet haben. Hinzugezogen waren Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Man war der Ansicht, daß es nicht erforderlich und nicht zweckdienlich sei, die Hauptstelle in der vorgeschlagenen Form mit den beiden Unterverteilungen zu errichten, glaubte vielmehr, daß die als gemeinsamer Oberbau gedachte Stelle fortfallen könnte, so daß die beiden Nebenstellen je eine selbständige Hauptstelle mit einem besonderen Reichsbevollmächtigten würden. Die Verschiedenartigkeit des Einfuhrmarktes, der Devisen und der Kredite für die Zigaretten-, Rauch-, Kau-, Schnupftabakherstellung einerseits, der Zigarettenherstellung andererseits empfehle die völlig getrennte und selbständige Behandlung.

Für die Zusammenfassung der Außenhandelsstelle für die Zigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabakindustrie wurde folgende Zusammenfassung vorgeschlagen:

- A. Reichsbevollmächtigter als Geschäftsführer der Außenhandelsstelle, ernannt vom Reichswirtschaftsministerium, unterstellt dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen.
- B. Außenhandelsauschuß. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter werden vom Reichskommissar für Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen ernannt, Vorschlagsrecht bei den Vereinen. Der Vorsitzende wird vom Ausschuss aus der Zahl der Mitglieder gewählt. Es stellen Mitglieder und ebensoviel Stellvertreter:
 - a) Rohabak-Einfuhrhandel 2; b) Rohabak-Handel, 2. Hand 1; c) Rohabak-Handel, 3. Hand 1; d) Zigarettenherstellung 2; e) Rauch-, Kau-, Schnupftabakherstellung 1; f) Makler und Agenten 1; g) Fabrikantenhändler 1; h) Kaufm. Angestelltenchaft 1; i) Lehn. Angestelltenchaft 1; k) Arbeiterchaft 4; l) Verbraucher 1; zusammen 16 Mitglieder, und ebensoviel Stellvertreter.

Für notwendig wurde gehalten, daß der eine Reichsbevollmächtigte in Bremen am Ort der Detag und der andere in Dresden am Ort der Zigaretten seinen Wohnsitz habe. Für die Auswahl der Mitglieder müsse berücksichtigt werden, daß die Ausschüsse so schnell wie möglich zusammenzutreten können, da häufig rasche Beratungen erforderlich sind.

Die Ueberschüsse der Zentrale.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Süddeutsche Tabakzeitung folgende Zuschrift:

„Im Anschluß an den Artikel in Nr. 59 vom 18. Mai und die in demselben gemachte Bemerkung, daß über das von der Zentrale angefallene Vermögen demnächst verfügt werden solle, sowie die im Anschluß hieran aufgeworfenen Fragen kann ich einige bestimmte Mitteilungen bereits machen. Ich würde empfehlen und es im Interesse unseres gesamten Gewerbes für sehr nützlich halten, wenn Sie meine Mitteilungen und die von mir an dieselben zu knüpfenden Schlussfolgerungen zum Gegenstand einer in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen Abhandlung machen würden. Ueber die Verwendung des Vermögens der Zentrale, das sich auf rund 44 Millionen Mark beläuft, ist bereits verfügt worden und zwar am Tage vor dem Beginn der allgemeinen Deynhäuser Verhandlungen. Berührt haben die etwa 18 an der Zentrale als stille Gesellschafter beteiligten Herren, die sich als alleinige Privateigentümer des Vermögens betrachteten. Die Gesellschaft bleibt weiter bestehen, verlegt ihren Sitz am 1. Juli d. J. nach Hannover und hat die dort bereits von Herrn Hindenberg vorgenommene Ernennung eines größeren Verwaltungsrates gutgeheißen. Zur Sicherung hat man sich von drei namhaften Juristen gutachtlich bestätigen lassen, daß diese Maßnahmen und der Standpunkt, daß das Vermögen der Zentrale jenen 18 Herren zu gleichen Teilen erb- und eigentümlich gehöre, rechtlich unanfechtbar sei, und man hat sich sogar auch, wie ausdrücklich betont wurde, das Einverständnis der Reichsregierung zu diesem Vorgehen verschafft. Wenn man die sonstige Meinung unserer heutigen Regierung gegen großkapitalistische Maßnahmen berücksichtigt, so könnte man fast zu dem Schluss kommen, daß die Zustimmung der Regierung zu den Beschlüssen der Zentrale erreicht worden ist durch Zugeständnisse oder Hoffnungen, die man ihr in anderer Richtung gemacht hat, etwa derart, daß man seinen ganzen Einfluß von Seiten der Zentrale dahin geltend machen wollte, daß das Tabakgewerbe als eines der ersten nach allen Regeln der Kunst sozialisiert werde, und daß man jenes Vermögen der Zentrale ausschließlich für Arbeiterwohlfahrtszwecke verwenden werde. Von allen diesen Beschlüssen ist bei der offiziellen allgemeinen Deynhäuser Tagung laut stenographischem Protokoll kein Wort gesagt worden, sondern Herr Hindenberg erwähnte nur, daß das Vermögen der Zentrale für Wohlfahrtszwecke Verwendung finden solle. Wenn auch hiergegen, soweit es in richtigem Umfange und gerechter Verteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschieht, wobei speziell ersterer die ausschlagende Stimme mitzubringen hätte, gewiß nichts einzuwenden wäre, so muß es jedenfalls doch als ebenso bezeichnet wie verächtlich angesehen werden, daß alle anderen Dinge geistlich katastrophisch worden sind.“

Meines Erachtens spricht die ganze, über die weitere Verwaltung und Verwendung des Vermögens der Zentrale getroffene Regelung nicht nur jedem Grundsatze von Recht und Billigkeit, sondern auch dem der Möglichkeit für unser Gewerbe Hohn. Das, was das Gewerbe als Ganzes im Laufe des Krieges aufgebracht hat, ist sein Eigentum und es allein hat das Recht darüber zu bestimmen, wie dies verwendet werden soll. Es mutet z. B. eigenartig an, wenn man weiß, daß auf der einen Seite 44 Millionen da liegen, die das Tabakgewerbe in guten Zeiten erbringt hat, und auf der anderen Seite verlegt wird, daß z. B. die Kosten der demnächstigen Beratung über die Umgestaltung des Tabakgewerbes von den einzelnen Delegierten bzw. ihren kleinen örtlichen Vereinen getragen werden sollen.

Wenn Sie das vorstehend Gesagte in Ihrer Zeitung veröffentlicht und davon gleichzeitig die Forderung knüpfen, daß über alle diese Vorgänge dem gesamten Gewerbe öffentlich klare und volle Rechenschaft abgelegt wird, so werden Sie damit sicherlich vollstes Interesse und Zustimmung der überwiegenden Mehrheit aller Angehörigen unserer Industrie finden.“

Die „Südbenische Tabakz.“ ist mit der Verteilung der Gelder durch die Zentrale nicht einverstanden. Sie meint, daß die Zentrale kein moralisches Recht zur Verteilung hat, da es sich um von den Lieferanten von Tabakfabrikanten gezahlten Beträge handelt und diese Lieferanten zu entscheiden hätten. Wir wissen nicht, ob das in der Aufschrift Besagte zutrifft, möchten aber betonen, daß über die Verwendung auch die Tabakarbeiter das moralische Recht der Mitrede haben. Soll die Frage angeschnitten werden, wer das Geld aufgebracht hat, so möge man wissen, daß auch die Tabakarbeiter sehr stark daran beteiligt sind. Auch bei der Ausführung der Gelder darf nicht der rein rechtlich-formale Standpunkt maßgebend sein. Sollen wir begründen, in welcher Weise die Tabakarbeiter zu dem großen Betrage ihr Teil beigetragen haben, so sind wir gern bereit dazu.

Die Bremer Beratungen vertagt.

Die auf den 4. und 5. Juni angeordnete Versammlung des Beratungsausschusses ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die südbenischen Fabrikanten glaubten, die Verhandlungen unsicher sei und sie event. mit der Besetzung durch die Feinde rechnen müßten; sie nehmen an, in diesem Falle möglicherweise von Heimat und Betrieb abgeschnitten zu sein.

Linksrheinische Tabakpläne.

Wie wir in Nr. 20/21 des Tabak-Arbeiter berichteten, hatte sich die von linksrheinischen Zigarrenfabrikanten zum Zwecke der Rohstoffzufuhr und -verteilung gegründete Kommanditgesellschaft wieder aufgelöst. Das trifft nicht zu. In Nr. 416 der Kölnischen Volkszeitung, Morgenausgabe vom 29. Mai, ist folgendes zu lesen:

(Dorn, 28. Mai 1919.) In einer Versammlung von weit mehr als 100 am Tabakgewerbe des besetzten Gebietes Beteiligten wurde gestern eine Kommanditgesellschaft, und zwar die Rheinischer Tabakhandelsgesellschaft m. b. H. & Co. mit dem Sitz in Bonn gegründet; ihr Zweck ist für ihre Mitglieder gemeinsame Rohstoffe einzukaufen. Der Gesellschaft treten alle Beteiligten mit Anfangsbeiträgen von insgesamt etwa 2.000.000 Mark bei. Der erste Rohstoffkauf ist bereits getätigt.

In einer zweiten Versammlung mit der gleichen Teilnehmerzahl wurde heute vormittag ein Zweckverband rheinischer Zigarren- und Tabakfabriken gebildet, welcher die Interessen der Beteiligten im besetzten Gebiet vertreten und fördern soll. An der Spitze beider Organisationen stehen die Fabrikbesitzer Wilhelm Dumont von der Firma Heinz, Joh. Dumont (Köln) und Ludwig Korte von der Firma Gebr. Korte (Bonn).

Es ist doch immer so, daß der Profit den „führendsten“ Patriotismus abtut. Die politische sowohl wie die wirtschaftliche Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von deutschen Mutterlande wird von den Geschäftsmachern ganz ernsthaft betrieben. Es sind auch dort wieder Arbeiter, die mit ihren wirtschaftlichen Mitteln dagegen Front machen.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft im Tabakgewerbe.

I.

Nachstehend geben wir die einleitende Rede des Herrn Dornberg, wie sie laut Stenogramm auf der Dehnhäuser Tagung zur Frage der Arbeitsgemeinschaft gehalten wurde, zur Information für unsere Mitglieder wieder:

Meine sehr geehrten Herren! Wie ich vorhin schon andeutete, kann meine Aufgabe lediglich die sein, die Aussprache über die zu hoffende Gestaltung des deutschen Tabakgewerbes einzuleiten. Ich hoffe aber, daß der beabsichtigte Zweck dieser Tagung, durch die Aussprache einer Klärung der Sachlage herbeizuführen, dadurch erreicht wird, daß sich in der Aussprache bestimmte Umrisse ergeben, wie der Wiederaufbau des deutschen Tabakgewerbes zu gestalten sein wird. Einen Rückschlus auf die gute alte Zeit oder auch nicht gut alte Zeit Ihnen zu geben, darf ich mir wohl erlauben, die Lage der Verhältnisse ist Ihnen allen bekannt. Der Krieg hat durch die Verhältnisse eine Wandlung herbeigeführt und zwar durch die Gründung der Zentrale bei Kriegsbeginn. Schon am 2. August 1914 habe ich die einleitenden Schritte unternommen, um die Zentrale zu gründen und am 13. August 1914 ist in einer Sitzung im Reichsamt des Innern die Genehmigung sämtlicher beteiligten Reichsämter, des Reichs Kriegsministeriums und des Ministeriums für Handel und Gewerbe dazu erteilt worden. Damit waren wir als erste Kriegsgesellschaft auf dem Plan erschienen, ohne irgend ein Vorbild zu haben, nach dem wir uns richten konnten. Die ganze Fassung und die Organisation der Zentrale tragen ganz bestimmte und individuelle Züge. Wir können uns darüber freuen, und alle werden bei ruhiger Überlegung es als einen Vorzug betrachten können, daß der Zentrale das Vertrauen entgegengebracht wurde, selbständig ihre große Aufgabe zu erfüllen, ohne daß wir, wie die anderen Kriegsgesellschaften der Zukunft des Reiches unterstellt wurden. Die Gründung vollzog sich unter dem Gebanten gemeinwirtschaftlicher Betätigung, es sollte bewirkt werden, daß die gesamte Tabakindustrie an den bevorstehenden großen Seereschiffungen beteiligt sei, und daß dadurch sowohl für die Hersteller wie für die Arbeiter in gleichmäßiger Weise Beschäftigung gesichert wurde. Zugleich beherrschte die Gründung der Zentrale, den Truppen gute und preiswerte Waren anzuführen. Ferner beabsichtigte man die sozialwirtschaftliche Gebante, möglichst auch eine große Zahl kleiner Hersteller heranzuziehen, und es wußten, daß das durch besondere Einkaufsmaßnahmen gesichert werden ist.

Damals war der Charakter der Zentrale rein privatrechtlicher Natur. Es bestand ein Privatabkommen zwischen der Zentrale und den Lieferanten. Als im August 1916 die Einfuhr von Rohstoffen verboten wurde, setzte eine Reihe von Maßnahmen ein, die dazu führten, den privatrechtlichen Charakter der Zentrale in einen öffentlich-rechtlichen umzuwandeln. Ich erinnere an die Bekanntmachung vom 30. Dezember 1916, daß der Rohstoff nach den Verfügungen der Zentrale zu verarbeiten ist. Der Zentrale wurden öffentlich-rechtliche Funktionen übertragen, nämlich die Bestimmung darüber, wieweit von der Produktion abzugeben, ist für Seereschiffe, die Behandlung der Anträge auf Genehmigung von Kontingenten auf Übertragung, Erhöhung, Ermäßigung und Einschränkung von Kontingenten usw. Um dieselbe Zeit wurde es auch notwendig, weil der Mangel an Rohstoffen dazu zwang, daß das Tabakgewerbe der Zwangswirtschaft unterstellt wurde. Der Not gehorchend, gründeten sich die Tabakhandelsvereine in Bremen und Mannheim. Die Zeit der Freiheit war für das Tabakgewerbe vorbei, die Zeit der Enteignung, des Gebundenheits begann. Die Vereinbarung, daß die Verteilung der Tabakwaren nach Weisungen der Zentrale erfolgen sollte, ist nach übereinstimmender Auffassung der Reichsämter dahin ausgedeutet worden, daß der Zentrale damit auch die Regelung des Arbeitsverhältnisses unterstellt ist.

Sie sehen, meine Herren, das sind sehr weittragende Beschlüsse, und ich komme nunherzu, ob nicht der Augenblick gekommen

men sein könnte, wo man zu einer anderen Organisation übergehen kann. Die ursprüngliche Tätigkeit der Zentrale ist beendet, nämlich die Truppen mit Tabakwaren zu versorgen. Was die Umwandlung anbelangt, haben wir nicht erst gewartet, bis uns behördliche Stellung gegeben wurde, sondern wir haben unter eigener Verantwortung, so gleich die Lieferungen einstellen lassen. Es hat sich gezeigt, daß das Vorgehen richtig war denn die Truppen waren mit Tabak genügend versorgt. Ich laie eben schon, die gesetzlichen Funktionen der Zentrale müßten so lange weiter von ihr ausgeübt werden, bis eine andere Stelle damit betraut wird, besonders, wo die vielen Prüfungen der Anträge von Kriegsteilnehmern auf Gewährung eines Kontingents zu erledigen sind.

Wenn ich sagte, daß die ursprüngliche Tätigkeit der Zentrale, die Seereschiffungen auszuführen, beendet ist, so kann ich dazu mitteilen, daß das Kriegsministerium der Zentrale dafür den warmsten Dank ausgesprochen hat. Es ist betont worden, daß einwandlos funktionierende Tätigkeit, und es ist mir ein Vergnügen, diesen Dank an die gesamte Herstellung und auch an die beiden Detags weiterzugeben. Es ist beabsichtigt, einen Tätigkeitsbericht der Zentrale durch Druck zu veröffentlichen, die Vorarbeiten sind dafür an sämtlichen Stellen im Gange. Natürlich wird das längere Zeit dauern. Ich kann auch in diesem Kreise über die sonstige Geschäftshandhabung der Zentrale erwähnen, daß hauptsächlich Abschlüsse gemacht worden sind, daß ständig ein öffentlich anerkannter und besideter Bücherrevisor tätig ist, unter dessen Kontrolle die Durchführung vor sich geht, und daß Verwaltungsausschüsse sich ergeben haben, über deren beabsichtigte Verwendung ich nachher noch näheres ausführen will.

Über die jetzige Tätigkeit der Detags kann ich mich kurz fassen. Die Bremer Detag hat ihre Unabhängigkeit fast völlig durchgeföhrt, ihre Hauptaufgabe ist schon seit Monaten darauf gerichtet, auf Hebung der Zufuhr von Rohstoffen zu sein. Anfang Oktober v. J. schien es, daß langwierige Verhandlungen dem Abschlusse nahe waren, die Umwandlung hat aber durch eine Verzögerung herbeigeföhrt. Immerhin hat die Weiterbehandlung dieser Pläne die Sache soweit reifen lassen, daß wir wohl nach einigen Monaten auf eine neue Versorgung der Zigarettenherstellung hoffen dürfen und auch für einen gewissen Zeitraum. Ich muß mich hierbei etwas vorsichtig ausdrücken, weil die Geschäfte noch nicht bis zum letzten Punkte abgeschlossen sind, und es nicht erwünscht erscheint, vorher mehr darüber zu sagen. Aber was die Hauptsache ist, der Abschluß ist gemacht und die Finanzierung, die außerordentlich schwierig ist, geht seit dem, gelungen. Wir können darüber außerordentlich glücklich sein.

Wie diese Fragen führen und mitten in unser Thema hinein, wie sich in Zukunft das Tabakgewerbe gestalten wird. Da möchte ich an die Spitze die Meinung stellen, daß der Wiederaufbau nur gelingen kann und muß durch allseitige kollegiale Zusammenarbeit in enger und fester, daß jeder Aufbau nicht von oben nach unten, sondern auf bester Grundlage von unten nach oben erreicht wird und kritisiert, daß schließlich verlangt werden muß, daß den Ansichten und Wünschen der beteiligten Aufbaupersonen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch die erforderliche Beachtung zuteil wird. Es muß ein gemeinsamer Boden geschaffen werden, auf dem alle Beteiligten Licht und Luft haben, auf dem es zur Verständigung, zum Ausgleich, zu allseitiger Führungnahme und Mitarbeit kommt. Interessengruppen sollen und dürfen nicht künstlich überdrückt werden, aber es muß eine Stelle vorhanden sein, bei der durch gemeinsame Aussprache der Ausgleich geschieht. Das Gewerbe muß Manns genug sein, selbst sein Geschick in die Hand zu nehmen (Verfall). Dazu bedarf es der Organisation. Alle vorhandenen Einrichtungen sind zu verbessern, zu vertiefen und zu erweitern. Es geht nicht an, daß eine Strafvergebung eintritt, daß der Fabrikant in dem einen und dem anderen Verein ist, der dem anderen gegenübersteht. Es erinnert mich das an den Mann, der der konservativen, der liberalen und der freisinnigen Partei angehört, jeder seinen Beitrag zahlte und meinte, nun habe er es wohl recht gemacht. Das geht nicht. Ich meine, es bedarf der Vereinheitlichung, so daß nur das Ungleichartige getrennt von einander bleibt. In dieser Organisation muß das Gewerbe die Kräfte in sich fassen, ein einheitliches Ganzes äußerlich und innerlich zu werden. Ich halte es ferner für unbedingt notwendig, daß diese Organisation geschaffen werden muß, und wenn sie nicht geschaffen wird, ist wohl damit zu rechnen, daß sie durch Regierungsmaßnahmen auferlegt wird. (Zuruf: Abwarten!)

Ich nannte ferner als zweiten wichtigen Punkt, daß eine solche Organisation nicht von oben nach unten, sondern ungelehrt errichtet werden muß. Im Kriege war das anders. Da war es nicht möglich, sämtliche Vereine zusammenzuführen, es mußte schnell gehandelt werden. Aber was im Kriege notwendig ist, braucht es im Frieden nicht zu sein. Ich meine, daß da auf breiter Grundlage dieser Aufbau errichtet werden muß, an dem alle Kräfte mitwirken müssen, einerseits, ob der Einzelne Klein- oder Großhersteller, ob er Angestellter oder Arbeiter, ob er Planer oder Importeur ist. Die Zentrale hat ihre Organisation dadurch gemildert, daß sie sich dezentralisierte. Ein gut Teil der Mitbestimmung gegen andere Kriegsgesellschaften ist darauf zurückzuführen, daß sie nicht so verfahren haben, sondern sich in Berlin rein konzentriert festhielten.

Ich meine ferner, daß dann auch das Gewerbe verlangen kann, daß seine Wünsche nach wirtschaftlicher und anderer Richtung politisch die nötige Beachtung finden. Es ist offensichtlich, daß das wirtschaftliche Volk zu den Parlamentariern nicht das nötige Vertrauen mehr hat. Es ist ein Urding, daß das Parlament gegen den einstimmigen Beschluß des Gewerbes Maßnahmen trifft, wie z. B. bei der Einführung des Wertzolls. Der Gedanke, der jetzt überall beim Verlangen nach Einführung von Riten zu Grunde liegt, oder nach einem wirtschaftlichen Parlament ruft, bedeutet nichts anderes, als daß das wirtschaftliche Volk sich kräftig genug fühlt, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Erreicht ist es, daß die jetzige Regierung zu den Erwerbsgruppen die Wächter hat, ihnen solche Funktionen zu übertragen und das Vertrauen, daß die einzelnen Erwerbszweige ihre Tätigkeit in diesem Rahmen richtig und nützlich ausüben werden. Gerecht ist es auch, daß die Regierung jetzt bei dem neuen Tabaksteuerentwurf den überwindenden Wünschen der beteiligten Kreise des Tabakgewerbes folgt ist. Es ist erfreulich, daß sie den Wünschen, daß Monopol eingeführt, nicht gefolgt ist. Es gibt ja auch Hersteller, die für eine Monopolvorlage eintreten, aus verschiedenen Gründen, nämlich, weil sie keine Lust mehr haben, sich in die neue Zeit einzulassen. Ob jetzt viel für sie dabei herauszukommen würde, ist mir außerordentlich zweifelhaft. In Arbeiterkreisen war von jeher viel Meinung für die Einführung des Monopols, hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie glauben, sie würden dann als Staatsarbeiter ihre besonderen Wünsche eher erfüllt sehen. Das, glaube ich, wird sich ändern in demselben Augenblick, wo eine Stelle vorhanden ist, bei der die Tabakarbeiter sich viel besser ihre Wünsche vortragen kann. Viel besser würde sich diese Stelle dazu eignen, weil Fachleute darin sitzen. Ich meine, meine Herren, wer für das Monopol eintritt, der soll nicht glauben, daß er auf der Höhe der Zeit marschiert. Was die neue Zeit gebracht hat, ist nicht die Staats-Monopolidee, sondern allein die Erkenntnis, daß wir rechte Volkswirtschaft treiben müssen. Nicht rückwärtslose Ellenbogenfreiheit des Einzelnen, nicht die Herrschaft eines massierten Klassenregimes, nicht die Vernichtung des individuellen Geistes durch die Staatsgewalt, sondern allein die volle wirtschaftliche Grundlage von die zukünftige Gestaltung des Tabakgewerbes gütig beeinflussen unter Zusammenfassung aller Kräfte und unter Gleichberechtigung aller notwendigen Glieder in dem Produktionsprozeß.

Meine Herren, wenn wir seit 4 Monaten in der Staatsverwaltung die Verwirklichung organischer Demokratie sehen, so wird man unsern wirtschaftlichen Betriebe nicht eine andere Prägung geben können. Der ist entweder blind oder töricht, der glaubt, es könnte im Wirtschaftsleben auf die Dauer eine entgegengesetzte Form bewahrt haben.

Damit kommen wir auf das, was man jetzt Sozialisierung nennt. Ein vielgestaltiger Begriff. Vernimmt man Sozialisierung schon die Unterstellung von Unternehmen unter öffentliche Kontrolle und erblickt in der Verstaatlichung ihre radikalste Form. Die Deutsche Allgemeine Zeitung heißt Sozialisierung Unterstellung eines ganzen Gewerbebezuges unter einheitliche Leitung bei Einfluß der Reichsregierung zwecks Steigerung der Produktivität. Diese Bezeichnung lehnt sich an die Nationalökonomischen Gedanken an. Was das Tabakgewerbe kann die Leistung, wie es sich seine Zukunft gestalten soll, nur vom Standpunkte der tatsächlichen Verhältnisse aus gesehen. Sparrt man es in das Prostrubeddel einer Idee, einer Programmdoktrin, so jertt man es zu Tode oder zerstört es zu Tode.

Meine Herren! Ist der Verstaatlichungsgedanke für das Tabakgewerbe durchführbar? Ihre Aufgabe wird es sein, diese Frage zu prüfen. Zunächst für die Einfuhrfrage. Entsteht für die Rohstoffzufuhr durch monopolistischen Einkauf eine Verschärfung oder Verringerung einer Verteuerung? Drängt man die Gegenleistung nicht dazu, ebenfalls zu einem Aufkauf der Kräfte zu schreiten? Kann das Monopol die vielen Randle nutzbar machen, aus denen jetzt der Importeur überall aufkauft und zusammenführt? Kann das Monopol jede Marktlage sachkundig und schnell ausnutzen? Verfügt das Monopol über persönliche Beziehungen, die so ungemessen wertvoll sind beim Einkauf oder steht es nicht vielmehr als unpersonliche Macht der Gegenleistung gegenüber? Wird das Monopol auch so vorgehen können, daß es nicht nur Waren bezieht, die für Deutschland in Frage kommen, sondern auch Handel treibt, daß Waren wieder abgesetzt werden nach dem Auslande?

Meine Herren, mit der Beschränkung der Einfuhr wird man noch länger rechnen müssen, sie wird ebenso wie die Ausschuf für die Jahre der Übergangsperiode staatlicher Genehmigung bedürfen. Das wird schon bedingt durch die bevorzugte Behandlung der lebenswichtigen Einfuhrrohstoffe, im Hinblick auf den ungünstigen Valutastand und durch Verschärfung von solchen Industrien, die für die Einfuhr arbeiten. Andererseits wird man auch anführen können, daß die Beschäftigungsmöglichkeit der Tausenden von Tabakarbeitern auch mit Berücksichtigung werden muß. Wollte man das nicht tun, dann würde man leicht in die Notwendigkeit verlegt, diese Arbeiter zu unterkochen, und das Reich würde nur mit dem einen Sand geben, was es mit der andern verweigert hat. Vor 4 Tagen hat der Reichswirtschaftsminister sich über die Frage der Einfuhr von Rohstoffen in Hamburg geäußert, er sagte da nach einem mir vorliegenden Bericht:

„Da wir zu arm sind, um alles kaufen zu können, was wir haben möchten, müssen wir zunächst die Bedürfnisse befriedigen, die uns eine Arbeitsmöglichkeit bieten. Bei freiem Spiel der Kräfte wird es wohl möglich sein, Lebensmittel und Verbrauchsgüter an den Markt zu bringen. Damit wird aber auch unser letzter Kredit verbräucht, und wir behalten keine Mittel mehr übrig für die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe, die wir für unsere Arbeit brauchen. Hier muß die Regierung Vorkehrungen treffen, und deshalb ist für eine Selbstbehaltung der Außenhandelskontrolle mit den gleichen Zielen wie im Kriege. An die Stelle der bürokratischen Behandlung soll jedoch die wirtschaftliche Selbstständigkeit gesetzt werden. Eine Zentralfstelle wird die Entscheidung zu treffen haben über die einzelnen Wirtschaftszweige.“

Meine Herren! Wir werden also damit rechnen können, daß auch für die Tabakzufuhr eine Zentralfstelle errichtet wird, die die Auslandsangelegenheiten bearbeitet, vielleicht in der Form, daß an der Spitze ein Reichsbevollmächtigter steht, dem als Stellvertreter des organisierten Handels, der organisierten Industrie, der Arbeiterschaft usw. bis zur Kontinentenentscheidung zu Seite stehen. Es ist hierbei darauf hinzuweisen, daß die Aufgaben, wie sie die Bremer Detag erfüllt, noch längere Zeit bestehen bleiben müssen, besonders die in der Verteilung des Rohstoffs liegen, ohne daß damit gesagt werden soll, daß der direkte Bezug des Handels ebenso des Fabrikanten ausgeschlossen wird. Vielleicht läßt es sich ermöglichen, daß die Einfuhrerlaubnis Menge und Wert mit einander in Verbindung bringt. Bei der Verteilung des Rohstoffs wird auch der Geschäftszweige der Käufer mehr Rechnung getragen werden müssen. Für den Inlandtabak, der durch den Mannheimer Detag bewirtschaftet wird, ergibt sich die Frage, ob noch die Ernte von 1910 bewirtschaftet werden soll, ob es nicht möglich ist, die Pflanzler zu Gruppen zusammenzufassen, und daß auch die Pflanzler in die Organisation der Selbstverwaltung des Tabakgewerbes einbezogen sind. Auch mit dieser Frage muß sich das gesamte Gewerbe beschäftigen, und es muß eine Instanz vorhanden sein, wo sie zur Entscheidung kommt. Jetzt werden solche Fragen in den einzelnen Vereinen behandelt und von da gegen die Eingaben an den Bundesrat oder an das Reichswirtschaftsministerium oder an die Abgeordneten, und man hat das Gefühl, daß dies nicht der richtige Weg ist, daß dies ein Zustand ist, der reichlich veraltet erscheint. Es müßte eine Instanz geschaffen werden, welche die Reichsämter dadurch entlastet, daß sie in Selbstverwaltung durch Selbstbestimmung das eigene Geschick bestimmt. Die Organisationsfrage ist natürlich schwierig. Wenn ich mir denke, daß eine Organisation gegründet wird für die Rohstoffzufuhr und -verteilung, so gliedert sich das leicht nach Auslands- und Inlandtabak, und man kennt die Kreise, die hieran beteiligt sind. Auch die Zigarettenherstellung ist wegen des Bezuges von Erzeugnissen darin einbezogen. Schwieriger ist die Frage, wie sich und Stimme auf die einzelnen Vertretungen verteilen werden. Denn das wird nicht angehen, daß die verschiedenen Gruppen gleichmäßig überal von denselben Vertretern behandelt werden. Die vorwiegenden Interessen müssen entsprechend zur Geltung kommen. Wenn dies auch schwierige Fragen sind, so sind sie doch zu lösen.

Was für die Rohstoffbeschaffung gilt, gilt auch für die Verteilung und den Vertrieb von Tabakwaren. Es gibt eine Reihe von Fragen, bei denen die Herstellung als solche nicht hinreichend beteiligt ist, so daß sie entscheidend bestimmt, z. B. die Kontingentierungsfrage, die Fragen der Einfuhrmengen und der Rohstoffarten, auch die Frage der Einfuhr. Da möchte ich Wert darauf legen, daß gerade diese Frage der Ausfuhrförderung nachdrücklich behauptet wird. Es ist dringend erforderlich, für die Beschaffung von Zahlungsmitteln zu sorgen. Um die Einfuhr zu erleichtern, müssen Maßnahmen getroffen werden, daß die Anfertigung von Ausfuhrwaren nicht in das Kontingent hineinfällt. Ich glaube, daß das Tabakgewerbe, wenn es sich dieser Sache mehr annimmt, in die Reihe der Industrien treten wird, die unserm Lande Devisen zur Verfügung stellen. Ich verweise auf die Ausfuhrmöglichkeit nach Finnland, Ungarn, nach den skandinavischen Ländern, England und auch Holland.

Aus Lampertheim.

Hier in Lampertheim fand eine Tabakarbeiter-Versammlung statt, in welcher zunächst Schnell über die Lohnbewegung in Deutschnau sowie über die neue geplante Tabaksteuer referierte. Die Anwesenden lauschten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners. Was die Hauptpunkte in der Lohnregulierung betraf, so waren dieselben la oben durch den Bericht im Tabak-Arbeiter ziemlich bekannt. Was die Festlegung des Minimallohnes von 7,50 M. anbelangt, so verstand es der Redner sehr gut, den moralischen Standpunkt derjenigen Fabrikanten festzusetzen, die sich vor der ganzen Welt nicht schämen, bei solch heuren Lebensmittelpreisen und solchen Planansteigen für Raucher den Tabak, arbeiten nach einem Grundlohn unter diesem festgesetzten Minimallohn bis jetzt zu zahlen. Wenn für die Tabakarbeiter auch das noch nicht erreicht worden ist, was sie erreichen wollen, so liegt das hauptsächlich daran, daß es die Tabakarbeiter nicht zur rechten Zeit verstanden hätten, sich zu organisieren, denn solch niedrige Friedensgrundlöhne hätten wir in vielen Orten nicht mehr zu versehen, wenn die Organisation schon vor dem Kriege bei den Tabakarbeitern stärker gewesen wäre. Ganz besonders jetzt, wo von der Regierung schon wieder eine neue unerhörliche Tabaksteuer geplant ist, sei die Organisation von großer Bedeutung. Nachdem Lampert die notwendigen Forderungen einer solchen neuen geplanten Tabaksteuer richtig befaßt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshaus „zur Harmonie“ tagende Tabakarbeiter-Versammlung protestiert hiermit als äußerste gegen

Kleine Nachrichten.

Neue Zahlstellen wurden gegründet in Mees a. Rh., Grafenhausen i. W., Uchweiler i. W., Ruchbach i. W., Diersburg i. W., Glauchau i. W., Gebelee (Bez. Erfurt) und Wiesbaden.

Kandidatenliste zum 10. Gewerkschaftskongress.

Für den 1. Wahlkreis:
Gauleiter Rudolf Gadelberg, Titona; Heinrich Borax, Hannover; Karl Hehl, Magdeburg; Wilhelm Stumpe, Verden;

Für den 2. Wahlkreis:
Gauleiter Hermann Schmidt, Nordhausen; Gauleiter Wilhelm Schuster, Verford;

Für den 3. Wahlkreis:
Wilhelm Strunke, Lampertheim; Joh. Schulz, Frankfurt a. M.; Hans Gelsch, Danau;

Für den 4. Wahlkreis:
Gauleiter Ludw. Klein, Heidelberg; Joh. Mehar, Dödenheim;

Für den 5. Wahlkreis:
Gauleiter Richard Gerloff, Dresden;

Für den 6. Wahlkreis:
Gauleiter Max Clement, Breslau; Josef Wande, Frankfurt a. M.;

Für den 7. Wahlkreis:
Egon Koenig, Berlin.

Die Adressen der Vorsitzenden der Bezirksvereine sind folgende:

Für den 1. Wahlkreis:
Gottl. Okerka, Titona, Dellers-Wies 1;

Für den 2. Wahlkreis:
Louis Mohlschütz, Nordhausen, Poststraße 14;

Für den 3. Wahlkreis:
L. Münch, Frankfurt a. M., Dunderstraße 12;

Für den 4. Wahlkreis:
Joh. Kraut, Heidelberg, Eppelheimerstraße 88 I;

Für den 5. Wahlkreis:
Joh. Domeser, Dresden, Schützenplatz 20 III;

Für den 6. Wahlkreis:
Gustav Eise, Breslau, Marquardstr. 17 (Zimmer 15);

Für den 7. Wahlkreis:
Richard Kaiser, Berlin C 54, Dragonerstraße 6a.

Die Bevollmächtigten werden nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Wahlresultate nicht Wahlprotokoll und der abgegebenen Stimmzettel bis spätestens den 18. Juni an der für ihren Wahlkreis ernannten Vereinen der Zentralwahlkommission einzureichen sind. Später eingehende Wahlresultate sind für ungültig zu erklären.

Alle die Wahlen zum 10. Gewerkschaftskongress betreffenden Anträge und Mitteilungen sind an die oben angeführten Adressen zu richten.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Dreimann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonamt Roland 6040, Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Verteilungen nur an W. Niederwiesland, Bremen, Faulenstraße 68/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Kontos bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfach o. Nr. 8349 beim Postamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Niederhoff, Bremen, Faulenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an E. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Als verloren gemeldet:
Graudenz, Das Buch S II 107 912, lautend auf Vertrag Gesellschaft aus Graudenz, geb. 27. 9. 97, eintr. am 22. 11. 18. Nr. 704/2 J. 19.) Das vorstehende Buch ist unguiltig und im Verleumdungsfalle an uns einzuliefern.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen:

8. April: Bingen 50,—; 9. 50,—; 10. 50,—; 22. Mai: Mülheim 250,—; Enger 200,—; 23. Leipzig 800,—; Witten 1400,—; 24. Wolfenbüttel 100,—; 26. Hannover 800,—; Offen- burg 300,—; Verden 800,—; Oepeln 150,50,—; Delmstedt 40,—; 27. Nordheim 300,—; Wahn-Baden 400,—; Heidelberg 350,—; Ballort bei Heidelberg 335,—; 28. Hamburg 400,—; Friedberg 50,—; Alzenburg 200,—; Eymont 150,—; 31. Bremen 500,—; 28. Stuttgart 1800,—.

Botschaften. In Nr. 20/21 des Tabak-Arbeiters muß es unterm 7. Mai heißen: Danau 100 A statt 10 A.

Bremen, den 2. Juni 1919. W. Niederwiesland.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1919 sind einzu-
Erm 2. Gau Hannover: Delmstedt. 4. Gau Verford: Doffen, Verke. 5. Gau Frankfurt a. M.: Froshäuser. 7. Gau Offenbura: Offenbura. 8. Gau Osnabrück: Breitingen.

Adressen-Änderungen.

Wattenfeld-Rosenbreder (4). 1. Bev. Franz Michal in Bochum, Dittstraße 79; 2. Bev. Heinz Bollmarie in Bochum, Post- straße 12.

Gau 5). 1. Bev. Jakob Lamm; 2. Bev. Ludw. Böhlander, Reubach am Rennsteig (3). Alle Aufschriften an den 2. Bev. Paul Ebert.

Verden (1). Alle Aufschriften an den 2. Bev. Heinz Duntmann, Katharinenstraße 11.

Die geplante Tabaksteuer, welche eine große verheerende Wirkung auf dem Arbeitsmarkt der Tabakarbeiter ausmachen und den Ruin der so schlecht gestellten Tabakarbeiter bedeuten würde. Die Ver- sammlung erwartet von der Nationalversammlung, daß dieselbe nicht die Schritte der früheren Regierung geht und die schweren Schulden überlastet und hofft sehr, daß die Lasten von denjenigen getragen werden, die die riesigen Kriegsgewinne einsteckt haben, da dies eine soziale Gerechtigkeit ist. Am Schluss wurde Kollege Wilhelm Strunke zum Kandidaten für Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Nürnberg einstimmig nominiert.

Christoph Raab, 1. Bev.

Aus Berlin.

**Sektionsversammlung der Zigarrenar-
beiter, Tagesordnung:** 1. Bericht von den Verhandlungen zum Reichstagswahl; 2. Branchenanliegenheiten. Zunächst gab Kollege Armbrust die am 27. Febr. bzw. am 14. März 1919 getroffenen Vereinbarungen zum Reichstagswahl bekannt. Einleitend führte er hierzu aus, daß es durch den Widerstand der Fabrikanten schwere Mühe gekostet habe, den Tarif durchzuführen, was sich besonders bei Verabschiedung der Arbeitszeit bemerkbar gemacht hätte. Kollege Armbrust erklärte, daß wir nichts gegen eine 48stündige Arbeitszeit einzuwenden hätten, wenn dadurch nicht vorzeitige Arbeiter- einstellungen stattfinden. Aber auch hiergegen seien Maßnahmen ge- triffen. Wenn eben die Fabrikanten ihr Kontingent eher ausarbeiten lassen als vorzusehen, seien sie eben verpflichtet, den Arbeitern den Lohn so lange zu zahlen, wie das Kontingent hätte reichen müssen. Der Fabrikant muß dann evtl. noch Strafe zahlen. Ferner erklärte Kollege Armbrust, daß es nicht gelungen sei, das Arbeitslohn ab- zuschaffen. Besonders wichtig seien auch die getroffenen Verein- barungen über Schlichtung von Lohnstreitigkeiten. Wenn Lohn- forderungen gestellt und bewilligt werden, so müssen sie von dem Tage ab bezahlt werden, an welchem sie eingereicht wurden. Da- durch haben die Unternehmer kein Interesse mehr daran, die Ver- handlungen möglichst lange hinauszuziehen. Der zweite Teil des Tages behandelte die Lohnfragen, Arbeiterentlassungen und Neberrunden. Siehe den bereits veröffentlichten Tarif. Kollege Armbrust erklärte, daß dieser Tarif bereits mehreren Betriebs- versammlungen vorgelesen hätte und wesentliche Einwendungen dagegen nicht gemacht wurden. Auch die Sektionsversammlung nahm nach kurzer Diskussion den Tarif einstimmig an. Sodann gab der Kollege die Wünsche der einzelnen Berufs- gruppen bekannt. Auch hiergegen wurden Einwendungen nicht er- hoben. Kollege Armbrust wies noch darauf hin, daß in allen Städten Lohnregulierungen stattfinden lassen. Es sollen feste Grund- löhne geschaffen werden, zu welchen dann je nach den Leistungs- verhältnissen Zuschläge hinzukommen. Hierbei wies Kollege Arm- brust darauf hin, daß die Löhne nicht nur im Reich, sondern in Berlin selbst die Lohnverhältnisse sehr verschieden seien. Es gälte, auch hier in Berlin einheitliche Löhne zu schaffen. Unter Branchen- angelegenheiten wurde von der Kollegin Kienle der Antrag ge- stellt, innerhalb unserer Zahlstelle einen Kurus über das Räteystem einzuwickeln. Kollege Armbrust wies darauf hin, daß sich mit dieser Frage bereits eine Vertrauensmännerkonferenz beschäftigt habe, um eine Sektionsversammlung mit diesem Thema stattfinden zu lassen. Erst dann sollen weitere Schritte in dieser Sache unter- nommen werden. Richard Kaiser.

Aus Hamburg-Altona.

Sektion der Sortierer, Versammlung am 28. Mai.
Ebelmann gab den Stellenbericht, der von der Versammlung genehmigt wurde. In dem Bericht der Sektionsleitung, von Or- man gegeben, wird besonders erwähnt, daß es immer noch ein- zelne Fabrikanten gibt, die glauben, ein Recht zu haben, die Grund- löhne auf die Friedenslöhne zu setzen; um beim Ausschlag der Leistungszuschläge sich einen Vorteil von 2 oder 3 A. in der Woche zu verschaffen. Dasselbe kommt auch für unser Gewerbe bald die Zeit, wo wir mit den Fabrikanten im Geiste der neuen Welt leben können. In der Debatte wurde von allen Rednern der Meinungs- standpunkt der Fabrikanten scharf geäußert. Daraus ergab sich ein Bericht von der Deputierten Konferenz und ein- gleichzeitige auf die Arbeit der in der vorigen Versammlung ein- gesetzten Lohnkommission ein. Für die Sortiererinnen ist eine neue Lohnskala ausgearbeitet; desgleichen wird für diese die Abschaffung der Allorarbeit verlangt. Für die Sortiererinnen soll die zum Teil noch übliche Prämienarbeit abgeschafft werden. Für die Sor- tierer ist eine allgemeine Beanspruchung und Gleichstellung der Löhne vorgeschlagen. Werden die Deputierten Vorschläge so angenommen, dann haben wir Hamburger Kollegen einen Schaden von mindestens 10 A. die Woche. Hiergegen werden wir uns mit aller Macht wehren. Unsere Aufgabe ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Grund- löhne hier am Orte derart erhöht werden, daß wir uns bei der Neuverteilung nicht noch schlechter stellen als jetzt. Schöne er- wählte noch einige Ausführungen. Bredel bezeichnet die ganze Arbeit als Fickwerk und verlangt die Abschaffung der Allorarbeit, wenigstens aber einen garantierten Mindestlohn. Die Gewerkschaften seien nicht revolutionär genug. Das Mittelmittel heißt Bredel nur in der Diktatur des Proletariats. Fruchts entgegnete, daß wir mit genebenen Tatsachen zu rechnen haben und nur Schritt für Schritt vorwärts können. Von der Arbeitsgemeinschaft muß die Regelung der Ferien und die Bezahlung der Feiertage verlangt werden. Die Kollegen Kamde, Schöne und Selbien gingen noch näher auf die Ausführungen Bredels ein und widerlegten diese. An der von uns beantragten Sortiererkonferenz führt Selbien aus, daß durch die vielen Einzeländerungen bewiesen wird, daß es irgendwas hapert. Die letzteren Wünsche sind im Sortiererverband mehr berücksichtigt worden. Es ist Schuld der Sortiererkollegen, wenn sie es nicht ver- stehen haben, sich durchzusetzen; wir in Hamburg haben es verstanden. Wir gehören zusammen und haben müssen wir versuchen, hier genau so zu arbeiten wie im Sortiererverband. Beantragt war die Kon- ferenz für Monat Mai. Der Vorstand richtete an uns das Ersuchen, wegen der bevorstehenden Umwälzung und der bald stattfindenden Generalversammlung von einer Konferenz Abstand zu nehmen. Die Versammlung beschloß es. Des ferneren wird beschlossen, in der Extraversammlung über das Räteystem zu sprechen.

B. Dörtmann, Schriftführer.

Landen (5). 2. Bev. Karl Meier.
Glauchau (5). 1. Bev. Vert. Arthur Sack, Hebestraße 24.
Hebe, Kreis Wehlensee (3). 1. Bev. Julius Curt, Ringelbener-
straße 40; 2. Bev. Bruno Wagner, Ringelbenerstraße 60.
Spandau (11). 1. Bev. Friedr. Sobemann, Pannewitzstraße.
Wassauerstraße 10 II.
Marburg (5). 1. Bev. Jakob Raumann in Dörschhausen bei Mar-
burg; 2. Bev. Jakob Wornisch in Wehrde b. W.
Wiesbaden (5). 1. Bev. Wlth. Schulz in Sonneberg b. W., Mühl-
gasse 10. 2. Bev. Schmidt, Moritzstraße 21.

Bekanntmachungen.

Beschwerden über Gauleiter und andere Verbandsvertreter sind an den Vorstand bzw. nach Entscheidung des Vorstandes eventl. an 2. Instanz an den Ausschuss zu richten. Der Vorstandsvorsitz.

Gestorben:

Am 22. April starb zu Gera der Zigarrenarbeiter
Wilhelm Kowald aus Breina b. Halle, 78 Jahre alt.
Am 17. Mai starb zu Hannover Marie Robold aus
Dödenheim, 26 Jahre alt.
Am 18. Mai starb zu Wismar die Wickelformerin
Luise Ufer aus Wismar, 88 Jahre alt (Zahlflechte).
Am 28. Mai starb zu Seiffenhennersdorf die Zigarren-
arbeiterin Eliska Michel aus Seiffenhennersdorf.

Ehre ihrem Andenken!



Neueste glänzender Verkaufartikel

Dontine's „Pfeifenreiniger“
Chem. Flüssigkeit, Patentamt.
geschützt, 12 Flaschen Dtl. 15.—
Franko Nachr. gegen Dtl. 1.50—
Vertreter gesucht.
Heinrich Meiser, Hamburg 36

Kaufmann
mit großem Bekanntheitsgrad sucht
geeignete Vertretungen in Zigarren
und Zigaretten aus reinem Tabak.
Bemerkte Offerten an
Willy Wünsch,
Berlin-Friedenau, Kaiser-
str. 86

Zigarren
bis 400 Mark,
Zigarillos,
reinen Rauch-
tabak in kleinen
Posten kauft
F. Rudloff, Halle (Saale),
Thomaststraße 34.

Ein ständig Käufer
von Fabrikaten in
Zigarren bis 500 Mk.
Zigarillos „160“
Rauchtabak
Rautabak und
Zigaretten.
Hamburger Zigarrenfabrik-
Engros-Lager
Jon Levie Hamburg
Geckhofstr. 2

Zigarren — Zigaretten — Tabak
kaufe ständig; kleinere Posten tausche
eventl. gegen Fertigkeiten ein.
Lau, Bremen, Bahnhofsstr. 59.

**L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnen-
strasse 24**

**Tabakschneider
Elcohnco**
schneidet Tabak n. Rippen groß
leistet 40—50 kg täglich,
transportiert selbstständig,
M. 68,75 inkl. Verpaß.
Der einfachste u.
billigste Apparat
der Gegenwart.

Zigarillos - Formen
Tragant-Ersatz
Arbeitsmesser
Zigarrenband
☐ sofort lieferbar ☐
Friedensliste 24
auf Wunsch umgehend
kostenlos.

**Zigarren, Zigaretten, Zigarillos, Rauch-
tabak, Rautabak** ständig zu kaufen gesucht gegen sofort.
Staffe. Bemerkte Glöfferten erbittet
VERSANDHAUS BAVARIA.
Valentin Wehner, Würzburg I Schließbach 63. Gerbergasse 3
Telephon 2176.



Ca. 17 000 gebrauchte Wickelformen,
alle erdenklichen Fassons, teils wie neu,
zu sehr billigen Preisen am Lager.
Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.
Heinrich Franck, Berlin N 54.
Rohtabakhandlung. Brunnenstrasse 22. Utensilien für Zigarrenfabriken.